

6159/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Scheibner, Dr. Krüger und Kollegen haben am 16. Juni 1999 unter der Nr. 6419/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Zusagen der privaten Mobiltelekommunikationsbetreiber gegenüber der Bundesregierung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Dazu verweise ich auf die Ausführungen der Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz zu der an sie gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 6421/J.

Zu Frage 6:

Anläßlich der Beschlußfassung über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Telekommunikationsgesetz 1997 geändert wird (2. TKG - Novelle), wurde auch vereinbart, daß der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

an die Landeshauptleute mit dem Ersuchen herantreten wird, in landesgesetzlichen Regelungen eine angemessene Parteistellung der Interessen der Nachbarn bei der Errichtung von Telekommunikationsanlagen vorzusehen. Ein entsprechender Entschließungsantrag wurde auch bei der Beschlußfassung im Nationalrat angenommen.

Zu Frage 7:

Wie ich bereits zu Frage 6 ausgeführt habe, sollte der Regierungsbeschluß vom 29. Oktober 1998 sehr wohl zu einer Verbesserung der Stellung der Anrainer führen. Im übrigen hat die gegenständliche Novelle des Telekommunikationsgesetzes durch die Schaffung der Möglichkeit einer Mehrfachnutzung bestehender Sendeinfrastruktur bereits zu einer Verbesserung der Situation der betroffenen Bevölkerung geführt.

Zu Frage 8:

Ich gehe davon aus, daß sich jedes Mitglied der Bundesregierung bei der Beschlußfassung über eine Regierungsvorlage vom gebotenen Ausgleich widerstreitender Interessen leiten läßt.